

Hardthöhe will Staffel des JaboG 38 opfern

Luftwaffe will „Phantomwerft“ erhalten

ga Upjever. Detailfragen sind noch nicht geklärt, aber die grobe Richtung wird deutlich: die Hardthöhe will für den Aufbau eines Tornado-Ausbildungsgeschwaders in Holloman (USA) eine fliegende Staffel des Jagdbombergeschwaders 38 „Friesland“ opfern. Ab 1999 sollen deshalb 800 Dienstposten von Upjever in die Wüste von New Mexico verlegt werden. Oberst Eike Krüger, Kommandore des Jagdbombergeschwaders 38 „Friesland“, erläuterte gestern das Stationierungskonzept von Verteidigungsminister Rühle in einem Gespräch mit Vertretern der Stadt Jever und der Gemeinde Schortens. Ab Oktober 1996 wird die Tornado Waffenlehrausbildung in Holloman stattfinden. Hierfür werden 300 deutsche Soldaten benötigt. Krüger geht davon aus, daß das Personal für das Kontingent aus allen fliegenden Geschwadern der Luftwaffe zusammengezogen wird.

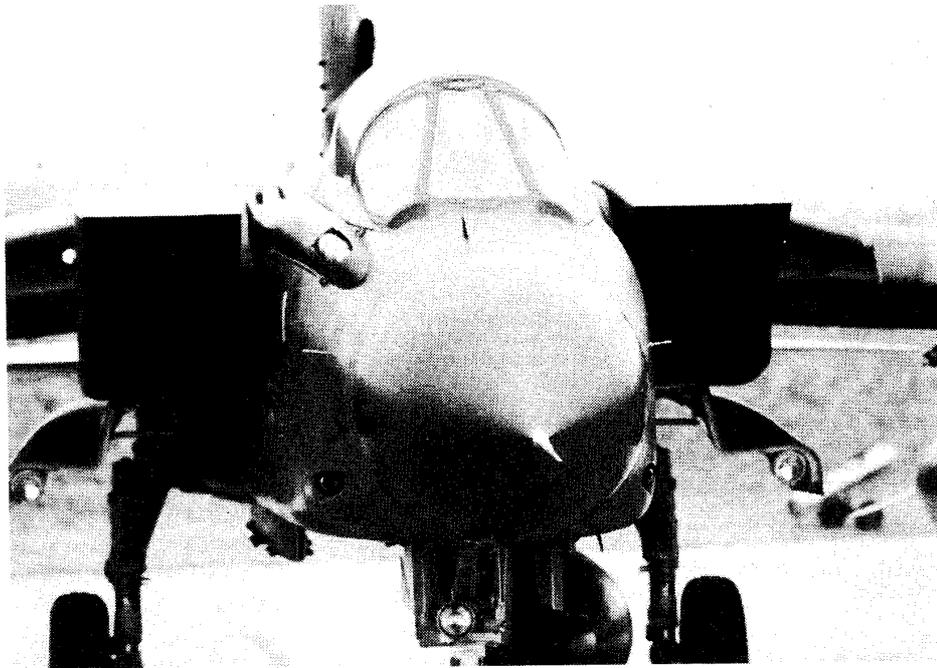
Massiv betroffen wäre Upjever Ende 1999, wenn der Zeitplan der Luftwaffe eingehalten wird. Das Kommando würde dann auf 900 Soldaten aufgestockt. Dafür sollen 600 Soldaten und 200 Zivilbedienstete aus Upjever verlegt werden. In Upjever würde lediglich noch eine fliegende Staffel mit der Europäisierung der Flugausbildung beauftragt. Die zweite Staffel, die zur Zeit einen Kampfbomber-Auftrag hat, würde wegfallen.

Geprüft werden soll, ob die Flugabwehrraketengruppe 41 aus Hohenkirchen nach Upjever verlegt werden kann. Bei den Militärs an beiden Stand-

orten gibt es jedoch massive Zweifel daran, ob eine Verlegung Sinn machen würde. So müßten die schweren Lastwagen der „Roländer“ auf dem Weg zu ihrem Übungsgebiet in Mederns quer durch Jever fahren. Für die Kaserne in Hohenkirchen ist eine sinnvolle Nachnutzung nicht in Sicht.

Ein Abbau der Dienststellen beim JaboG 38 hätte auch eine Verringerung der Personalstärke der Standortverwaltung zur Folge. Eher positiv sind die Signale für den Erhalt der Luftwaffenwerft 62. Die „Phantomwerft“ steht im Stationierungskonzept nicht zur Debatte. Der Führungsstab der Luftwaffe, so sagte Krüger, wolle die Werft erhalten. Eine politische Entscheidung steht noch aus. Jever stelltvertretende Bürgermeisterin Elke Vredenburg wies auf die wirtschaftlichen Folgen der geplanten Truppenreduzierungen für die strukturschwache Region Wilhelmshaven/Friesland hin. Nach dem massiven Arbeitsplatzverlusten in der Privatwirtschaft drohe jetzt ein weiteres Standbein wegzubrechen.

Schortens' Bürgermeister Peter Torkler rief die Vertreter der Region dazu auf, gemeinsam Konzepte zu erarbeiten, wie die starken Einbrüche an den Bundeswehrstandorten Upjever und Wangerland verhindert werden können. Dabei dürfe man nicht nach dem St. Florian-Prinzip argumentieren. Es gehe jetzt darum, unter Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten nach Wegen zu suchen, die Standorte vor dem Ausbluten zu bewahren.



Nach den Plänen des Verteidigungsministeriums wird im Fliegerhorst Upjever ab Ende 1999 nur

noch eine Tornado-Staffel stationiert sein. Das Schwergewicht der Ausbildung der Kampfflugzeug-Be-

satzungen soll nach Holloman im US-Bundesstaat New Mexico verlegt werden. WZ-Foto: Biewer

MdB Gabriele Iwersen (SPD) erinnerte gestern daran, daß sie die Holloman-Pläne der Luftwaffe bereits anläßlich der Lärmschutzkonferenz im Februar angesprochen hat (wir berichteten). Ebenso wie Torkler weist sie die Vorwürfe des CDU-Abgeordneten Erich Maaß zurück, der den Schortenser Fluglärmgegnern Mitschuld an der geplanten Truppenreduzierung zugewiesen hat.

Maaß vertritt die Ansicht, daß das letzte Wort zu dem Stationierungsplan noch nicht gesprochen ist. Ohne eine Kompensation in anderen sicherheitsrelevanten Bereichen könne die Schiefelage zu Lasten des Nordens bei den Reduzierungsabsichten nicht akzeptiert werden.

Die Abgeordneten sind gefordert

Von Gerd Abeltd

Das Verteidigungsministerium hat mit seiner Holloman-Entscheidung zu Lasten des Jagdbombergeschwaders 38 „Friesland“ nicht nur die hiesige Region überrascht. Auch die betroffenen Militärs haben von den Überlegungen erst aus der Zeitung erfahren.

Der Stil im Hause Rühle mag verwundern, macht aber eines deutlich: für die konzeptionellen militärischen Weichenstellungen ist die Politik verantwortlich. Das ist gut so und läßt

hoffen, daß zum Stationierungsplan tatsächlich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Die Bundeswehr ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sie ist aber auch ein Wirtschaftsfaktor. Vor allem in einer strukturschwachen Region wie der hiesigen. Das dürfen, ja das können Politiker nicht übersehen.

Der Abbau von weiteren 800 qualifizierten Arbeitsplätzen ist nicht zu verkraften. Das gilt es in Bonn deutlich zu machen – eine echte Aufgabe für Politiker, vor allem für unsere Bundestagsabgeordneten.